

Und die Außenpolitik?

VON JOSEF JOFFE

Die Deutschen haben wieder einmal Glück gehabt. Saddam Hussein hat den Rückzug eingeleitet, der zweite Golfkrieg wird offensichtlich abgesagt. Den Deutschen wird so die Pein der Entscheidung zwischen Mithilfe und Scheckbuchdiplomatie erspart - und mehr: die nützliche, notwendige Aufgabe, gerade in diesem Wahlkampf eine ernsthafte Debatte über ihre Rolle in der Welt zu führen.

In einem Wahlkampf, der ohnehin durch die Armut seiner Argumente glänzte, wurde der Außenpolitik nicht einmal Sozialhilfe zuteil. Wenn die Kinkels und Verheugens, die Spitzenkandidaten und ihre Gehilfen auftraten, konnte man die Dialogue - eher Monologe - nach zwei, drei TV-'Duellen' fast schon selbst schreiben. Da hielt gewöhnlich der Außenminister einem Sozialdemokraten vor, daß dessen Partei die Bundesregierung wegen diverser Auslandseinsätze der Bundeswehr verklagt habe - und geriet prompt in Erklärungsnot, warum denn auch die FDP nach Karlsruhe gezogen sei, um sich praktisch selbst vor die obersten Richter zu zitieren.

Pikant war auch der allerjüngste Streit im Wasserglas, wo nicht die Regierung gegen die Opposition focht, sondern wieder einmal die Koalition gegeneinander. Da hatte der Verteidigungsminister (CDU) gefordert, die östlichen Nachbarstaaten möglichst rasch - bis zum Jahr 2000 - in die NATO aufzunehmen. Und schon verkündete der Außenminister (FDP) das Gegenteil: Eile mit Weile. Dritter Akt: Der Kanzler (CDU) verbietet beiden den Mund, und zwar mit dem denkwürdigen Argument: 'Ich bin absolut dafür, daß Minister dieses Thema nicht öffentlich erörtern.' Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, fügte der Chef hinzu, dürften nicht öffentlich debattiert werden.

Ja wo denn sonst, wenn nicht im öffentlichen Raum? Daß Kohl einen Krach im eigenen Lager sofort ersticken wollte, mag taktisch verständlich sein, aber der Aufklärung des Wählers dient derlei Ukas nicht. Warum wurden die 'Schicksalsfragen der Nation' - so wurde einst die Außenpolitik klassifiziert - in diesem Wahlkampf nachgerade systematisch ignoriert? Eine Antwort drängt sich sofort auf: Außenpolitik ist keine Schicksalsfrage - nicht mehr oder noch nicht.

Westbindung (1952, 1957), Berlin-Krise (1961), Enspannung (1965), Ostpolitik (1969, 1972), Folgen der Ölkrise (1976), Atomwaffen (1980, 1983, 1987), Vereinigung (1990) - das waren die 'Schicksalsfragen' aller früheren Wahlkämpfe. Und heute - vier Jahre nach Ende des Kalten Krieges? Da darf der Wähler zum ersten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik freudig konstatieren, daß die Außenpolitik nicht mehr im Rhythmus von Beethovens Fünfter an die Tür klopft.

Zum ersten Mal überhaupt in ihrer Geschichte sehen sich die Deutschen keinerlei strategischen Bedrohung ausgesetzt - einer Situation, von der Friedrich der Große und Bismarck, Bethmann-Hollweg und Stresemann, Adenauer und Brandt nicht einmal zu träumen wagten. Umzingelt sind die Deutschen nur von Freunden, harte Entweder-Oder-Entscheidungen mutet niemand ihnen mehr zu. Die Bühne, auf der ein Genscher geschmeidig zwischen Ost und West manövrieren konnte, ist zusammen mit den Blöcken weggebrochen (weshalb dieser Meister-Taktierer 1992 klugerweise auch zurückgetreten ist).

Daß sein Nachfolger sich gelegentlich in den Kulissen verirrt, ist nicht allein Kinkels Schuld. Denn überall lauern eher 'Ja, aber'-Probleme denn Existenzfragen. Alles ist möglich, nichts drängt sich auf. Gerade deshalb aber hätte man sich einen intelligenten Streit gewünscht. Denn just jenseits der Sonnenseite wartet auf die vereinigten Deutschen eine erkleckliche Liste von Themen und Problemen.

Wie halten wir es mit unseren östlichen Nachbarn? Daß dort Demokratie und Marktwirtschaft florieren, ist ein vitales deutsches Interesse. Warum sind wir dann aber so geizig beim Öffnen unserer Märkte? (Der Marshall-Plan funktionierte, weil die Amerikaner den Westeuropäern nicht bloß Kapital, sondern auch ihren Markt schenkten.) Wenn uns die Sicherheit unserer Nachbarn so am Herzen liegt, warum nennen wir ihnen nicht klar die Bedingungen, unter denen sie der NATO und EU beitreten können?

Haben wir nicht auch vitale Interessen in Nahost? SPD-Generalsekretär Verheugen möchte UN-Truppen nach Kuwait schicken. Aber wir sind doch auch in der UN und drängen sogar in den Sicherheitsrat. Dieses Problem nimmt uns Karlsruhe nicht mehr ab, und wer die Epauletten will, muß auch die Bürde wollen. Dabei gibt die feinsinnige Unterscheidung zwischen 'friedenserhaltenden' (ja) und 'friedensschaffenden' (nein) Einsätzen kein vernünftiges Rezept her. Denn wer Frieden will, muß manchmal auch für ihn kämpfen - zumal, wenn auf der anderen Seite die Saddams dieser Welt stehen.

Europa? Ja, natürlich. Aber wollen wir auch die unsinnige Agrar- und Subventionspolitik? Die Ausbremsung der Weltmarkt-Konkurrenz zugunsten einer illusionären Insel der Seligen? Dies, und nicht die Sekundärfrage einer Währungsunion, gehört zu den neuen 'Schicksalsfragen' der Nation. Außer mit vorgestanzten Formeln haben die Wahlkämpfer diese Fragen kaum diskutiert. Es mag sein, daß Außenpolitik derzeit Luxus ist. Tatsächlich aber ist Außenpolitik in einer Demokratie immer Innenpolitik - es sei denn, daß wir den 'Politikern' überlassen wollen, was Sache des Volkssouveräns ist.